



## Pressemitteilung

Berliner entwicklungspolitischer Ratschlag (BER e.V.)  
BUND Berlin  
DGB, Bezirk Berlin Brandenburg  
IG BAU, Region Berlin-Brandenburg  
ver.di, Landesbezirk Berlin Brandenburg  
Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED e.V.)

**Berlin, 28. Juli 2009**

### Wahre Qualität anstelle von „Billigware“

#### **FAIRgabe-Bündnis Berlin fordert soziale, faire und ökologische Kriterien für den Uniformkauf**

Das Berliner FAIRgabe Bündnis, bestehend aus Gewerkschaften, entwicklungspolitischen und umweltpolitischen Organisationen, fordert Innenminister Ehrhardt Körting in einem offenen Brief dazu auf, beim Kauf der mit 17 Millionen Euro veranschlagten neuen Schutz- und Dienstkleidung für die Berliner Polizei und Feuerwehr konsequent soziale, faire und ökologische Kriterien zu berücksichtigen.

„Berlin erneuert in einem ersten Schritt für dreihundert Feuerwehrleute zehn Jahre getragene Schutzkleidung, da wollen wir Qualität,“ sagt Astrid Westhoff, stellvertretende Landesleiterin ver.di Berlin-Brandenburg. „Bei der Herstellung von Arbeitsbekleidung werden oft elementare Menschen- und Arbeitnehmerrechte verletzt. Die Düsseldorfer Feuerwehr hat es vorge-macht und beim Einkauf bereits soziale Kriterien berücksichtigt, das erwarten wir vom Berliner Senat auch. Kleidung, die unter ausbeuterischen Bedingungen hergestellt wird, ist uns zu teuer.“

Alexander Schudy vom Berliner entwicklungspolitischen Ratschlag sagt: „Es wäre politisch völlig unglaubwürdig, wenn das Land Berlin beim Einkauf der Uniformen faire, soziale und ökologische Kriterien außer Acht ließe, vor allem im Hinblick auf die anstehende Novellierung des Berliner Vergabegesetzes.“

Das FAIRgabe-Bündnis fordert den zuständigen Senator Körting daher auf, bei der Einkaufsentscheidung die Beachtung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zu verlangen. Diese beinhalten Mindeststandards wie die Verbote von Zwangs- und Sklavenarbeit, Diskriminierung und Kinderarbeit. Darüber hinaus müssen aber auch Kriterien wie menschenwürdige Arbeitsbedingungen, feste Beschäftigungsverhältnisse und Existenz sichernde Löhne beachtet werden.

Eberhard Schönberg, Berliner Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, begrüßte die Initiative des Berliner FAIRgabe-Bündnisses ausdrücklich und sicherte seine Unterstützung zu.

Kontakt:

Heiko Glawe  
DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg,  
Abt. Wirtschafts- und Strukturpolitik  
Fon 0171/ 62 52 764  
E-mail: [heiko.glawe@dgb.de](mailto:heiko.glawe@dgb.de)

Alexander Schudy  
Berliner Entwicklungspolitischer  
Ratschlag e.V.  
Fon 030-42 85 15 87  
E-Mail: [buero@ber-ev.de](mailto:buero@ber-ev.de)

Am 2. September, 19:00 Uhr lädt das FAIRgabe-Bündnis zur Diskussion um die Novellierung des Berliner Vergabegesetzes. Eingeladen sind Michael Müller (SPD), Carola Bluhm (Die.Linke) und Franziska-Eichstädt-Bohlig (Bündnis 90/DIE GRÜNEN).